



Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz  
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Herrn Präsidenten  
des Landtags  
Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz



DER MINISTER

Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-3595  
Poststelle@mdi.rlp.de  
www.mdi.rlp.de

*Olaf* Januar 2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0102- 0003#2019/0008-0301 34 Bitte immer angeben!		Philipp Staudinger Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de	06131 16-3432 06131 16-173432

**Sitzung des Innenausschusses am 05.12.2019:  
TOP 6: "Zusammenarbeit von Bundeswehr und Landespolizei in Rheinland-Pfalz -  
Antiterror-Übung realisieren"**

Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT

- Vorlage 17/5552 -

Sehr geehrter Herr Präsident,

*Hubert Hecht*

in der Sitzung des Innenausschusses am 05. Dezember 2019 wurde zu TOP 6 eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York wurden auch in Europa immer wieder Terroranschläge verübt. Spätestens seit dem Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 ist die anhaltende Terrorbedrohung auch in Deutschland Realität geworden.

1/5

**Kernarbeitszeiten**  
09.00-12.00 Uhr  
14.00-15.00 Uhr  
Freitag 09.00-12.00 Uhr

**Verkehrsanbindung**  
ab Mainz Hauptbahnhof  
Straßenbahnlinien  
Richtung Hechtsheim 50,51,52

**Parkmöglichkeiten**  
Parkhaus Schillerplatz,  
für behinderte Menschen  
Hofeinfahrt Mdl, Am Acker



Die Bewältigung von terroristischen Einsatzlagen ist Aufgabe der Polizei. Mit Blick auf die terroristische Bedrohung hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren deutlich in Ausbildung, Ausrüstung und Ausstattung der Polizei investiert. In jedem Funkstreifenwagen stehen inzwischen ballistische Plattenträger und ballistische Schutzhelme zur Verfügung. Auch taktisch und konzeptionell hat sich die Polizei intensiv auf solche Anschlagsszenarien vorbereitet. Mit dem Landesteil "Lebensbedrohliche Einsatzlagen" wurde für Rheinland-Pfalz eine eigene Polizeidienstvorschrift geschaffen. Nicht nur die Spezialeinheiten, sondern auch der Wechselschichtdienst und die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Bereitschaftspolizei sind speziell für den Einsatz bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen fortgebildet. Im Innenausschuss wurde über Ausstattung und Ausbildung bereits ausführlich berichtet.

Um im Ernstfall gerüstet zu sein und die Vorschriften und Konzepte in der Praxis umsetzen zu können, kommt der Durchführung von Übungen eine bedeutende Rolle zu. Im Auftrag der Polizeiabteilung führen die Polizeipräsidien regelmäßig im Wechsel Großübungen zur Bewältigung herausragender lebensbedrohlicher Einsatzlagen durch. Bereits im Juni 2017 wurde in Koblenz eine Vollübung zu einem terroristischen Anschlag ausgerichtet. Bei der gemeinsamen Übung mit Feuerwehr und Rettungsdiensten lagen die Schwerpunkte auf der Abarbeitung des Massenfalls von Verletzten sowie der Bekämpfung des Täters. Im März 2019 fand auf dem Bundeswehrübungsgelände im Reffenthal bei Speyer erneut eine Vollübung zu einer lebensbedrohlichen Einsatzlage mit ähnlichen Übungsschwerpunkten statt. Nächstes Jahr wird das Polizeipräsidium Westpfalz eine Terrorismusabwehr-Großübung durchführen. Bei dieser Übung ist vorgesehen, das Zusammenspiel mit dem BKA, der französischen Polizei und dem Verfassungsschutz, aber auch anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wie z. B. der Feuerwehr und dem Rettungsdienst, zu trainieren. Über diese Großübungen hinaus führen die Polizeipräsidien Übungen durch, bei denen einzelne Sequenzen, wie z. B. die Alarmierung, das Vorgehen an und in Gebäuden oder die Einrichtung einer Personenauskunftsstelle trainiert werden.



Die Zusammenarbeit mit angrenzenden Staaten und Bundesländern kann bei der Bewältigung von Terrorlagen ein entscheidender Faktor sein. Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium des Innern und für Sport im Oktober 2019 Vertreterinnen und Vertreter der Polizeiorganisationen aus Belgien, Frankreich, Luxemburg, Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland sowie der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes zu einem gemeinsamen Symposium eingeladen. Dieses befasste sich mit der Thematik "grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen". Eine Folgeveranstaltung mit ähnlichem Teilnehmerkreis fand im Oktober 2019 unter französischer Federführung in Metz statt.

Insbesondere im Zusammenhang mit der Bewältigung von terroristischen Einsatzlagen, bei denen die Täter paramilitärisch vorgehen und Kriegswaffen einsetzen, wird immer wieder die Einsatzunterstützung durch die Bundeswehr und die Durchführung gemeinsamer Übungen diskutiert. Unser Grundgesetz gibt mit dem Artikel 87a für den Einsatz der Bundeswehr im Innern einen engen Rechtsrahmen vor. Innerhalb dieses engen Rahmens können die Streitkräfte technische Unterstützung leisten. Darüber hinaus kann eine Unterstützung mit eigenen hoheitlichen Befugnissen in terroristischen Großlagen in Betracht kommen, sofern diese katastrophische Ausmaße annehmen. In diesen Fällen kann die Bundeswehr der Polizei mit ihren Unikatifähigkeiten, wie zum Beispiel beim geschützten Transport von Verletzten oder im Umgang mit Explosivstoffen, ein wichtiger Partner sein.

Eine erste gemeinsame Übung fand unter dem Namen "Gemeinsame Terrorismusabwehr-Exercise (GETEX)" im März 2017 statt. Mehrere Bundesländer übten das Zusammenspiel zwischen Polizeien und der Bundeswehr bei Terrorangriffen. Die GETEX 2017 war als strategische Stabsrahmenübung angelegt, d. h. sie fand schwerpunktmäßig in den Führungsstellen statt. Um einen Austausch aller Länder und des Bundes zu den wesentlichen Erkenntnissen aus dieser Übung zu ermöglichen, wurde im Anschluss eine Fortbildungsveranstaltung durchgeführt. Diese fand im Namen der Arbeitsgemeinschaft Einsatzangelegenheiten (AG Einsatz) im Dezember 2018 unter rheinland-pfälzischem Vorsitz statt. Die GETEX 2017 hat wesentliche Erkenntnisse hinsichtlich der Anforderungs- und Meldewege



sowie der Zeitspanne von der Antragstellung bis zur Bereitstellung der Unterstützungsleistung der Bundeswehr erbracht. Im Ergebnis wurde Handlungsbedarf bezüglich der Beschleunigung und Vereinfachung der Verfahren erkannt. Im Jahr 2020 wird eine weitere GETEX-Übung unter Federführung von Schleswig-Holstein stattfinden.

In der Folge zu GETEX 2017 führten die Bundesländer Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg unter den Namen BAYTEX, NITEX und BWTEX landesinterne Terrorabwehrübungen mit der Bundeswehr durch. Diese Übungen verfolgte die rheinland-pfälzische Polizei mit großem Interesse und war vor Ort mit hochrangigen Übungsbeobachtern vertreten.

Der Unterausschuss Führung, Einsatz und Kriminalitätsbekämpfung (UA FEK) sieht nun folgerichtig die Notwendigkeit einer übergreifenden strukturierten Aus- und Bewertung der genannten Übungen. Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgemeinschaft Einsatzangelegenheiten (AG Einsatz) am 21. November 2019 den Auftrag zur Einrichtung einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erhalten. Rheinland-Pfalz hat die Leitung dieser Bund-Länder-Arbeitsgruppe übernommen, sodass die Aus- und Bewertung der bisher stattgefunden gemeinsamen Übungen mit der Bundeswehr unter rheinland-pfälzischer Federführung stattfinden wird.

Neben den bundesweiten Aktivitäten pflegt die Polizeiabteilung landesintern zudem einen sehr guten Kontakt zum Landeskommmando Rheinland-Pfalz. Vertreter der Bundeswehr waren bei der Übung in Speyer als Übungsbeobachter vor Ort und werden auch zur geplanten Übung im Polizeipräsidium Westpfalz eingeladen. Selbstverständlich werden wir uns auch zukünftig mit dem Landeskommmando zu möglichen Unterstützungsleistungen austauschen.

Im Ergebnis ist es aktuell zielführend, die Aus- und Bewertungen der genannten Bund-Länder-Arbeitsgruppe hinsichtlich gemeinsamer Übungen mit der Bundeswehr abzuwarten und in weitere Überlegungen mit einzubeziehen. Ferner werden wir weiterhin einen



Schwerpunkt auf die Übung der Zusammenarbeit mit den originär zuständigen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, wie den Rettungsdiensten und Feuerwehren sowie den Polizeien von Bund und Ländern legen.

Mit freundlichen Grüßen

Roger Lewentz